



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Markus Tressel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Florian Pronold

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2040

FAX +49 3018 305-4375

florian.pronold@bmub.bund.de

www.bmub.bund.de

Berlin, 04. Dez. 2017

Sehr geehrter Herr Kollege Tressel,

Ihre Schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 11/176 und 11/177 vom 21. November 2017 (Eingang im Bundeskanzleramt am 23. November 2017) habe ich dankend erhalten und beantworte ich wie folgt:

Frage 11/176

„Welche Ursachen und Verursacher sieht die Bundesregierung für die auffällige Belastung von Rehen und Fichten im Warndt sowie von Brassens in der unteren Saar mit den in Deutschland nicht mehr zugelassenen bromierten Flammenschutzmitteln Polybromierte Diphenylether (PBDE) und Hexabromcyclododecan (HBCD) (vgl. die Umweltprobenbank-Umweltbeobachtung mit Proben von Mensch und Umwelt des Umweltbundesamts), und inwieweit werden nach Kenntnis der Bundesregierung diesbezüglich gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten?“

Antwort

Zu den konkreten Ursachen und Verursachern der in der schriftlichen Frage thematisierten Belastungen liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse vor.





Seite 2

Polybromierte Diphenylether (PBDE) einschließlich Decabromdiphenylether sowie Hexabromcyclododecan (HBCD) wurden in Anhang A des Stockholmer Übereinkommens und die Verordnung (EG) Nr. 850/2004 (Verordnung über persistente organische Schadstoffe - EU-POP-Verordnung) aufgenommen. Die Verordnung regelt das Verbot und die Beschränkung der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Verwendung von persistenten organischen Schadstoffen (Persistent Organic Pollutants - POP). Die rechtlichen Vorgaben und auch ein darauf basierendes Ende der Produktion führen allerdings wegen der Persistenz der Stoffe in der Regel erst verzögert zu einer Minderung der Belastung der Umwelt. Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse vor, dass gegen die Vorgaben der Verordnung verstoßen wurde. Die Einhaltung, Kontrolle und Überwachung dieser Vorgaben liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer.

Frage 11/177

„Welche gesundheitlichen Auswirkungen hat nach Kenntnis der Bundesregierung die erhöhte Belastung der Saar und des Warndt mit bromierten Flammenschutzmitteln auf Tiere, Umwelt und Menschen vor Ort, insbesondere im Hinblick auf Blutwerte und Muttermilch, und welche Maßnahmen sind der Bundesregierung bekannt, um diese Belastung zu senken?“

Antwort

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über gesundheitliche Auswirkungen vor. Auf die Antwort auf Frage 11/176 wird verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Pronold

